

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 41. Ratssitzung vom 28. Januar 2015

680. 2014/312 Weisung vom 22.10.2014: Sozialdepartement, Isla Victoria, Beiträge 2015 und 2016

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Zürich wird für Isla Victoria für die Jahre 2015 und 2016 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 110 900.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) sowie der Erlass der Kostenmiete von Fr. 36 312.– bewilligt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Roberto Bertozzi (SVP): Die aktuelle finanzielle Lage zwingt die Stadt, ihre Angebote laufend zu überprüfen und bei Bedarf zu kürzen. Deshalb wird im konkreten Fall nur eine zweijährige Rechtsgrundlage beantragt. 2016 soll die Entwicklung des Sexgewerbes neu überprüft werden. Mit der Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) wurde die städtische Prostitutionspolitik neu ausgerichtet. Die PGVO basiert auf einer lösungsorientierten Kooperation zwischen Polizei, Sozial- und Gesundheitsdiensten sowie Non-Profit-Organisationen wie Isla Victoria. Ziel der Prostitutionspolitik ist ein stadtverträgliches Prostitutionsgewerbe, das die Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen verbessert. Zudem sollen auch die Immissionen für Anrainer verringert werden. Isla Victoria gehört zur Zürcher Stadtmission und verfolgt als Hauptaufgabe die Gesundheitsprävention und soziale Integration von Sexarbeiterinnen. Die Arbeitsschwerpunkte lassen sich in zwei Bereiche aufteilen: Führen einer Beratungsstelle mit Treffpunkt einerseits und aufsuchende Arbeit in Sexsalons, Saunaclubs, Kontaktbars usw. andererseits. Die Isla Victoria arbeitet mit verschiedenen Institutionen zusammen.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag 1 / Änderungsantrag 3 / Schlussabstimmung
Dispositivziffer 1 / Kommissionsreferent Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

Roger-Paul Speck (SP): Die Kommissionsmehrheit ist für eine Beitragsdauer von vier Jahren. Isla Victoria ist eine zuverlässige Partnerin der Stadt. Das Sexmilieu befindet sich zwar im Umbruch, doch niemand weiss, wie es sich genau verändert. Klar ist, dass Prostitution weiterhin stattfindet. Die laufend steigenden Zahlen bei Beratung und aufsuchender Arbeit zeigen, dass Sexarbeiterinnen Hilfe suchen und Unterstützung brauchen. Für die Angebotsentwicklung von Isla Victoria braucht die Zürcher Stadtmission

Planbarkeit und Know-how-Sicherung. Durch ihre langjährige Präsenz im Milieu genießt Isla Victoria das Vertrauen sowohl der Etablissements-Besitzer als auch der Sexarbeiterinnen. Diese Tatsache beruhigt die Situation vor Ort und kommt der ansässigen Bevölkerung zugute. Zu bedenken ist: Wenn durch Präventionsarbeit jährlich eine HIV- oder Hepatitis-Ansteckung verhindert werden kann, sind Kosten in der Höhe des jährlichen Beitrags bereits eingespart. Das Geld ist im Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2018 übrigens bereits eingestellt. Da wir eine Finanzierung für vier Jahre sichern wollen, lehnen wir einen jährlichen Vorbehalt ab.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag 1 / Änderungsantrag 3 / Schlussabstimmung
Dispositivziffer 3:

Roberto Bertozzi (SVP): *Aufgrund der finanziell angespannten Situation lehnen wir eine Verlängerung der Rechtsgrundlage auf vier Jahre ab. Hingegen soll der Gemeinderat die Möglichkeit haben, Jahr für Jahr neu über den Betrag zu befinden. Mit Blick auf die gesamte Weisung stellt sich uns die Frage, ob es akzeptabel ist, dass 100 Stellenprozent der durch die Stadt Zürich unterstützten Non-Profit-Organisation Isla Victoria 130 000 Franken kosten. War in diesem Bereich früher Freiwilligenarbeit wichtig, muss heute eher von einem Geschäft gesprochen werden. Dadurch entsteht der Eindruck, dass vom Elend anderer profitiert wird. Wir empfehlen, die Lohnsumme allenfalls um 25 % zu kürzen, obwohl uns natürlich bewusst ist, dass diese auch unter dem Einfluss der Akademisierung in den Sozialberufen steht.*

Kommissionsmehr/-minderheit Änderungsantrag 2:

Ursula Uttinger (FDP): *Wir beantragen, im Fall eines Bilanzfehlbetrags eine Kürzung vorzusehen und hoffen, dass die SP diesen Mechanismus auch bei zukünftigen Weisungen unterstützen wird.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Wir haben keinen Geldmangel, aber das Geld ist zunehmend ungerechter verteilt. Würden die beiden Grossbanken ihre Steuern zahlen, würden sich viele Fragen, über die wir hier diskutieren, gar nicht stellen. Isla Victoria ist eine der wichtigsten Einrichtungen in Zürich. Prostitution ist in Zürich nun einmal ein Thema – und sie ist selten freiwillig. Eine qualifiziert gute Beratung und Prävention ist unerlässlich und hilft, Gesundheitskosten zu vermeiden. Angesichts der vielen erbrachten Leistungen wäre es angebracht, sogar über eine Erhöhung des Beitrags zu diskutieren. Die neue Ausgangslage mit der neuen PGVO und den Sexboxen macht eine Evaluation auf jeden Fall nötig. Dafür soll aber genug Zeit eingeplant werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Ezgi Akyol (AL): *Der Stadtrat begründet die beantragte halbierte Laufzeit des Leistungsauftrags damit, dass die Auswirkungen der PGVO auf das Sexgewerbe schlecht absehbar seien. Hierin macht sich das Problem der städtischen Prostitutionspolitik bemerkbar: Die Zuständigkeiten innerhalb des Stadtrats sind völlig zersplittert, jeder fühlt sich nur für seinen Bereich zuständig und verantwortlich. Wir*

haben Grund zur Annahme, dass die Situation für Sexarbeiterinnen ausserhalb des Prestigeprojekts Strichplatz zunehmend prekärer und repressiver wird, und dass eine Verlagerung in die unsichtbare Prostitution stattfinden wird. Somit ist die Arbeit der Beratungsstellen wichtiger denn je.

Markus Baumann (GLP): Nach der Eröffnung des Strichplatzes hat sich die Prostitutions-Marktsituation in der Stadt Zürich massiv verändert. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Veränderungen bei Beitragszahlungen berücksichtigt werden. Dies kann aber erst nach einer seriösen Abklärung erfolgen. Uns ist bewusst, dass eine vierjährige Laufzeit den Betreibern von Isla Victoria mehr Planungssicherheit geben würde. Allerdings werden in den nächsten vier Jahren nicht mehr, sondern weniger Beitragsgelder gesprochen. Es wäre nicht sinnvoll, uns selber zu blockieren und dadurch nicht auf die Veränderungen reagieren zu können. Wir unterstützen die Weisung mit der Erwartung, dass der Stadtrat die Situation innerhalb des laufenden oder des nächsten Jahrs neu beurteilt und eine angepasste Weisung mit aufwandsgerechten Beitragszahlen vorlegt.

Karin Weyermann (CVP): Die CVP schätzt das sehr sinnvolle und gute Angebot von Isla Victoria. Die Argumentation des Stadtrats halten wir für begründet, deshalb unterstützen wir eine Verlängerung auf vier Jahre nicht. Sollte der FDP-Antrag durchkommen, werden wir in der Schlussabstimmung zustimmen.

Samuel Balsiger (SVP): Dem Votum von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) möchte ich entgegen, dass 20 % der reichsten Personen im Kanton Zürich 80 % des Steuersubstrats aufbringen. Wer also an einer lebendigen, gut funktionierenden Gesellschaft interessiert ist, der muss dafür schauen, dass möglichst zahlkräftige Leute hier bleiben. Die Weisung erscheint mir nicht besonders sozial, wenn für 100 Stellenprozent 130 000 Franken aufgewendet werden müssen. Viel sozialer wäre es, wenn die Beratungsarbeit mit dem Lohn eines einfachen Büroangestellten entgolten würde, oder wenn Streetworker oder Aussteigerinnen eingesetzt würden.

Roger Liebi (SVP): Ein Votum zu Isla Victoria mit der Grossbanken-Thematik zu verbinden finde ich schwierig. Dass die Banken den Ausbau des Sozialstaats ermöglicht haben, wird dabei natürlich vergessen. Die ständige Behauptung, Banken würden keine Steuern zahlen, macht mich langsam aber sicher wütend: Im Zusammenhang mit Banken fallen sehr wohl Steuern an, so z. B. die wichtigen Handänderungssteuern. Zudem zahlen auch die Bankangestellten und Bonusempfänger Steuern.

Roger-Paul Speck (SP): Es war die Rede von insgesamt 530 000 Franken für 400 Stellenprozent. Diese Zahlen finden sich im Budget 2015, zudem handelt es sich sicher um gesamte Personalaufwendungen. Richtigstellen möchte ich auch, dass es keine Sozialindustrie gibt; im Sozialbereich spricht man vielmehr von Dienstleistungsbetrieben. Die Sicherung der vierjährigen Finanzierung wollen wir aus pragmatischen Überlegungen. Wir trauen dem Stadtrat zu, dass er mit dem Eigenkapital verantwortlich umgeht, und erwarten daher auch keine Kürzungen in den nächsten vier Jahren.

4 / 6

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Ich greife nicht die kleinen Bankangestellten an, sondern spreche von der Gewinnsteuer, die der Stadt zugute kommen sollte. Für die Grünen ist klar, dass die neue Situation zu evaluieren ist. Aufgrund anstehender bundesweiter Veränderungen werden viele Sexarbeiterinnen plötzlich einen illegalen Aufenthaltsstatus haben. Die Organisationen brauchen Zeit, um die Lage einschätzen und die Arbeit optimieren zu können.*

Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der Stiftung der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Zürich wird für Isla Victoria für die Jahre 2015–2018 (2015 und 2016) ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 110 900.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) sowie der Erlass der Kostenmiete von Fr. 36 312.– bewilligt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Roger-Paul Speck (SP), Referent; Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Ezgi Akyol (AL), Andreas Egli (FDP), Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP) i. V. von Anjushka Früh (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne)
Minderheit: Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Samuel Balsiger (SVP), Markus Baumann (GLP), Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 45 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der Stiftung der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Zürich wird für Isla Victoria für die Jahre 2015 und 2016 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 110 900.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) sowie der Erlass der Kostenmiete von Fr. 36 312.– bewilligt.
Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 % kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres ein Bilanzfehlbetrag ausweist. Zeigen die städtische Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ein Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 % kürzen.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

5 / 6

Mehrheit: Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Samuel Balsiger (SVP), Roberto Bertozzi (SVP), Andreas Egli (FDP), Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP) i. V. von Anjushka Früh (SP), Peter Schick (SVP), Roger-Paul Speck (SP)
Minderheit: Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Referentin; Ezgi Akyol (AL)
Enthaltung: Markus Baumann (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 21 Stimmen zu.

Änderungsantrag 3 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der Stiftung der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Zürich wird für Isla Victoria für die Jahre 2015 und 2016 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 110 900.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) sowie der Erlass der Kostenmiete von Fr. 36 312.– bewilligt, vorbehältlich der jährlichen Genehmigung des Budgetantrags durch den Gemeinderat.

Mehrheit: Roger-Paul Speck (SP), Referent; Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Ezgi Akyol (AL), Markus Baumann (GLP), Andreas Egli (FDP), Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP) i. V. von Anjushka Früh (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne)
Minderheit: Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Samuel Balsiger (SVP), Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Roger-Paul Speck (SP), Referent; Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Ezgi Akyol (AL), Andreas Egli (FDP), Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP) i. V. von Anjushka Früh (SP),
Minderheit: Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Samuel Balsiger (SVP), Peter Schick (SVP)
Enthaltung: Markus Baumann (GLP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 20 Stimmen zu.

6 / 6

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Roger-Paul Speck (SP), Referent; Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Ezgi Akyol (AL), Samuel Balsiger (SVP), Markus Baumann (GLP), Roberto Bertozzi (SVP), Andreas Egli (FDP), Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP) i. V. von Anjushka Früh (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Stiftung der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Zürich wird für Isla Victoria für die Jahre 2015–2018 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 110 900.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) sowie der Erlass der Kostenmiete von Fr. 36 312.– bewilligt.
Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 % kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres ein Bilanzfehlbetrag ausweist. Zeigen die städtische Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ein Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 % kürzen.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. Februar 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. März 2015)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat